



Vorsitzender  
Aimo Görne

Geschäftszeichen (bitte angeben)  
II C 1.10  
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684  
Zentrale +49 30 90227-5050

lsa@senbjf.berlin.de

Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin

Datum: 07.06.2023

## Pressemitteilung

### Der Lehrkräftemangel, Einstellungskontingente und die Gefahr für die Bildung in Berlin:

Der Lehrkräftemangel hinterlässt in Berlin weiter seine Spuren und trägt dazu bei, dass immer mehr Eltern, Lehrkräfte und Schüler:innen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gelangen. Im nächsten Jahr werden nicht mehr nur 1000, sondern 1500 Lehrkräfte fehlen. Das bedeutet mehr Unterrichtsausfall, größere Lernlücken und weniger individuelle Förderung, obwohl gerade diese angesichts der IQB-Trends, sowie den Folgen der Coronapandemie so wichtig wäre wie lange nicht.

Durch das Abschaffen der Steuerungskontingente für die Beschäftigung von Lehrkräften, die bis vor kurzem eine Einstellungsobergrenze von 96,3% in Schulen setzen, wird das Problem an vielen Schulen verstärkt. Nicht alle Schulen sind gleich beliebt oder gut ausgestattet, sodass Bildungsungerechtigkeiten weiter verstärkt werden. Ein positiver Effekt, der aus der Abschaffung resultiert, ist die steigende Attraktivität des Lehrkräfteberufes, da diese sich jetzt frei aussuchen können, wo sie arbeiten. Allerdings entsteht aktuell ein unverhältnismäßig hohes Maß an Nachteilen, weshalb zum

jetzigen Zeitpunkt von der Abschaffung abgesehen werden sollte.

Ein weiteres Problem ist die Aufhebung der Bedarfsregionsregelung. Diese Regelung gestaltete zuvor die Verteilung von Lehrkräften ausgeglichener, indem sie besondere Bedarfe in einzelnen Stadtteilen aufgezeigt hat. Gerade jetzt im Frühjahr, wo die Schulaufsichten in den Bezirken für das nächste Schuljahr planen, ist eine solche Aufhebung eine fatale Fehlentscheidung, welche Planungsunsicherheiten nach sich ziehen wird. Für viele Schulen wird es dadurch schwierig werden, im nächsten Jahr den qualitativen Unterricht zu ermöglichen, den gerade sozial benachteiligte Schüler:innen dringend brauchen.

Für uns ist klar, dass Schulen, die unterdurchschnittlich mit Lehrkräften ausgestattet sind, nicht vom Einzel- zum Normalfall werden dürfen, insbesondere, wenn vermeintlich „bessere“ Schulen nach dieser Entscheidung besonders gut mit Lehrkräften ausgestattet werden. Die Unterschiede, die nach dieser Entscheidung zwischen den verschiedenen Schulen herrschen werden, sind eine Gefahr für die Bildungsgerechtigkeit und den Zusammenhalt im Bildungssystem, wenn sich Schulen in Zukunft so stark wie noch nie um Lehrkräfte streiten müssen.